

## Streiflichter aus einer Stadt

**Wie man Wirtschaft fördert**

Fragwürdige Vergabepaxis

**Drei Millionen Bürgerschaft für Rönner**

Die arme Stadt Bremerhaven gibt einem Rönner Unternehmen eine Bürgerschaft in Höhe von drei Millionen Mark für den Bau einer Super-Luxus-Yacht.

Vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Boedeker wurde die Bürgerschaft mit der drohenden Insolvenz der Firma begründet.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firmen Höhne Anlagenbau, Neptun Techno Product und Wetzell + Dorn hätten sich auch über so finanzkräftige Hilfe der Stadt für ihre Betriebe gefreut.

Der SPD, die die Vergabepaxis kritisierte, wurde von der Koalition aus CDU und AFB eine gewerkschaftsfreundliche Stimmungsmache gegenüber dem Gewerkschaftsfeind Rönner vorgeworfen.

Die Redaktion meint: Sehr komisch, gerade wurde das Verfahren gegen Rönner wegen Konkursverfahren mit Zahlung einer Geldbuße abgeschlossen.

**Termine im Juni**

- ▶ 3. Juni: Bergedorf Bezirkskonferenz;
- ▶ 7. Juni, 18 Uhr: Orts-Jugend-Ausschuß;
- ▶ 8. Juni, 15 Uhr: Arbeitskreis Arbeitssuchende;
- ▶ 8. Juni, 18 Uhr: Orts-Handwerk-Ausschuß;
- ▶ 9. Juni, 17 Uhr, Arbeitskreis Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz;
- ▶ 14. Juni, 8 Uhr: Ortsverwaltung;
- ▶ 21. Juni, 9 Uhr: Arbeitskreis Senioren;
- ▶ 21. Juni, 17 Uhr: Orts-Ausländer-Ausschuß;
- ▶ 24. Juni, 19 Uhr: Arbeitskreis Recht;
- ▶ 29. Juni, 16 Uhr: Arbeitskreis Medien;
- ▶ 30. Juni, 17 Uhr: Arbeitskreis Asbestose.

Geld verschwendet

**Mosolf und kein Ende**

Wie die Kesselflicker streiten sich in der örtlichen Presse die Vertreter der Autoimporteure über die Daewoo-Ansiedlung in Bremen. Sie warnen vor den Folgen.

Das gleiche hätte man auch schon einen Monat früher lesen können, als die Entscheidung noch nicht festgezurrt war. Aber eine Pressekonferenz der betroffenen Betriebsräte ist sicherlich nicht so interessant wie die persönlichen Sichtweisen der beteiligten Firmenbosse.

Die Redaktion meint: Daß eine Firma Aufträge an eine andere Firma verliert, das ist nun mal so im Kapitalismus. Daß durch staatliche Subventionen innerhalb eines Bundeslands Arbeitsplätze in einer Stadt verloren gehen, um sie in einer anderen Stadt mit viel Geld wieder entstehen zu lassen, das gibt es nur im Land Bremen.

**Landtagswahl**

IG Metall ruft auf, sich an der Wahl am 6. Juni im Land Bremen zu beteiligen – für Toleranz und gleiche Rechte.

Plakatwerbung

**Je höher desto rechter?**

Wie immer bei Wahlen müssen die Mitbürger ausländischer Herkunft als Wahlkampfmunition erhalten. Dort, wo die CDU/CSU mit ihrer Unterschriftenkampagne gegen die erleichterte Einbürgerung aufgehört hat, fangen andere mit Plakaten hoch an den Laternenmasten erst an.

Die Redaktion meint: Laßt die Rechten hängen – keine Stimme der Ausländerfeindlichkeit.

**Diskussion****Arbeiten im Zweitregister/vom ewigen Gast zum Staatsbürger**

Diskussionsveranstaltung am 3. Juni im Kultursaal der Arbeiterkammer mit Murat Çakir, Bundesvorsitzender der Ausländerbeiräte.

Schweigende Lämmer

**Wirtschaftsförderung à la Bremen**

Dittmeyer, Beck's, Daewoo und zuletzt Comet, das sind die Namen erfolgreicher Ansiedlungspolitik des Landes Bremen. Erfolge auf Kosten von Bremerhaven.

Wie immer bei Erfolgen gibt es auch hier mehrere Väter. In Bremen die CDU-Senatoren für Wirtschaft und für Finanzen, Hattig und Perschau, die rigoros Bremerhaven benachteiligen.

In Bremerhaven einen CDU-Bürgermeister Niederquell, der angeblich für Wirtschaftsförderung zuständig sein sollte. Einen FDP-Oberbürgermeister Richter, der tatsächlich für Wirtschaftsförderung zuständig ist und einen AFB-Koordinator Lenz, der Wirtschaftsförderung macht.

In allen oben genannten Fällen machten die Bremerhavener Vertreter, wenn überhaupt, eine schlechte Figur.

Gewerkschaftstag

**Vertreterversammlung wählt die Delegierten**

Achim Pauper, Betriebsratsvorsitzender der Firma ConMar, und Michael Bode, Betriebsratsvorsitzender der Firma Harms Automobile, wurden auf der letzten Vertreterversammlung als Delegierte für den 19. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall gewählt.

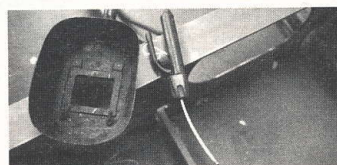
Der Kongreß tagt vom 3. bis zum 9. Oktober im Congress-Centrum (CCH) in Hamburg.

Work-Arbeit

**Dokumentation über Strukturwandel**

Unter dem Titel »Work-Arbeit« soll eine Foto- und Videodokumentation über den Strukturwandel in Bremerhaven und in Easington (Nordost-England) entstehen.

In den letzten 100 Jahren waren beide Regionen von der Schwerindustrie geprägt. Hier der Schiffbau, dort der Bergbau. Der rasante Abbau der Arbeitsplätze in diesen Bereichen hinterläßt Spuren. In der betroffenen Region und in den Menschen. Zur Zeit laufen Gespräche, um dieses Projekt zu finanzieren.



Urteil

**Tarifverträge sind geltendes Recht**

Betriebsräte dürfen keine Betriebsvereinbarungen zur »Standortsicherung« mit den Arbeitgebern abschließen, nach denen regelmäßig länger gearbeitet und weniger bezahlt wird, als der Tarifvertrag erlaubt.

Die Richter des Landesarbeitsgericht (LAG) in Stuttgart, die einen solchen Fall zu verhandeln hatten, sahen in dem Abkommen einen groben Verstoß gegen Pflichten des Arbeitgebers aus dem Betriebsverfassungsgesetz.

Dieses regelt in Paragraph 77 Absatz 3: »Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden«, dürfen nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein. Die IG Metall hatte das Gericht anrufen. Grund war eine Vereinbarung, nach der die Beschäftigten wöchentlich zwei Stunden länger arbeiten und Sonderzahlungen um zehn Prozent gekürzt werden sollten.

LAG Baden-Württemberg vom 13. Januar 1999, 17 TaBV 3/98.